

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Fa. JOHN GmbH, D-83395 Freilassing („Verkäufer“)

§ 1 Allgemeines

- (1) Für alle Bestellungen, Lieferungen und sonstigen Leistungen gelten ausschließlich die nachstehenden allgemeinen Geschäftsbedingungen; sie gelten nur gegenüber Unternehmern im Sinne von § 14 BGB.
- (2) Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Bedingungen des Käufers, die der Verkäufer nicht ausdrücklich anerkennt, werden nicht Vertragsinhalt, auch wenn der Verkäufer ihnen nicht ausdrücklich widerspricht.
- (3) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen, die nach Vertragsschluss vom Käufer gegenüber dem Verkäufer abzugeben sind, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform.
- (4) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.
- (5) Einbeziehung und Auslegung dieser allgemeinen Geschäftsbedingungen regelt sich ebenso wie Abschluss und Auslegung der Rechtsgeschäfte mit dem Käufer selbst ausschließlich nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Anwendung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf ist ausgeschlossen.
- (6) Soweit der Vertrag oder diese allgemeinen Geschäftsbedingungen Regelungslücken enthalten, gelten zur Ausfüllung dieser Lücken diejenigen rechtlich wirksamen Regelungen als vereinbart, welche die Vertragspartner nach den wirtschaftlichen Zielsetzungen des Vertrages und dem Zweck dieser allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbart hätten, wenn sie die Regelungslücke gekannt hätten.
- (7) Mündliche Nebenabreden bedürfen grundsätzlich der schriftlichen Bestätigung, um wirksam zu werden.
- (8) Erfüllungsort für alle sich mittelbar oder unmittelbar aus diesem Vertragsverhältnis ergebenden Verpflichtungen, einschließlich der Zahlungspflicht, ist der Sitz des Verkäufers.
- (9) Gerichtsstand ist der für den Firmensitz des Käufers zuständige Gerichtsstand. Der Verkäufer ist auch berechtigt, vor einem Gericht zu klagen, welches für den Sitz oder eine Niederlassung des Käufers zuständig ist.

§ 2 Angebote, Leistungsumfang und Vertragsabschluss

- (1) Vertragsangebote des Verkäufers sind freibleibend und unverbindlich.
- (2) Für den Umfang der vertraglich geschuldeten Leistung ist ausschließlich die Auftragsbestätigung des Verkäufers maßgebend. Alle in den Angeboten und Prospekten des Verkäufers enthaltenen Mengen, Maß-, Farb- und Gewichtsangaben verstehen sich unter Berücksichtigung der handelsüblichen Toleranzen.
- (3) Für öffentliche Aussagen, insbesondere in der Werbung, hat der Verkäufer nur einzustehen, wenn er sie veranlasst hat. In solchen Fällen besteht eine Einstandspflicht nur dann, wenn die Werbung die Kaufentscheidung des Kunden auch tatsächlich beeinflusst hat.
- (4) Änderungen der Konstruktion, der Werkstoffwahl, der Spezifikation und der Bauart behält sich der Verkäufer auch nach Absendung einer Auftragsbestätigung vor, sofern diese Änderungen weder der Auftragsbestätigung noch der Spezifikation des Käufers widersprechen. Der Käufer wird sich mit darüber hinausgehenden Änderungsvorschlägen des Verkäufers einverstanden erklären, soweit diese für den Käufer zumutbar sind.
- (5) Die dem Angebot oder der Auftragsbestätigung zugrunde liegenden Unterlagen wie Abbildungen, Zeichnungen, Maß- und Gewichtsangaben sind in der Regel nur als Annäherungswerte zu verstehen, sofern sie nicht ausdrücklich als verbindlich bezeichnet werden.
- (6) Produktionsbedingte Abweichungen von der vereinbarten Liefermenge bis zu +/- 5% bleiben vorbehalten.

§ 3 Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Die Preise verstehen sich ab Werk incl. Standardverpackung zzgl. gesetzl. Umsatzsteuer. Sofern der Verkäufer zur Rücknahme von Transportverpackungen verpflichtet ist, sind die Kosten der Rücksendung vom Käufer zu tragen.
- (2) Liegen zwischen Vertragsschluss und Auslieferung mehr als 4 Monate, ohne dass eine Lieferverzögerung des Verkäufers von diesem zu vertreten ist, kann der Verkäufer den Preis unter Berücksichtigung eingetretener Material-, Lohn- und sonstiger Nebenkosten, die vom Verkäufer zu tragen sind, angemessen erhöhen. Erhöht sich der Kaufpreis um mehr als 10%, ist der Käufer berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten.
- (3) Berücksichtigt der Verkäufer Änderungswünsche des Käufers, so werden die hierdurch entstehenden Mehrkosten dem Käufer in Rechnung gestellt.
- (4) Rechnungen des Verkäufers sind entweder binnen 14 Tagen nach Rechnungserhalt mit 2% Skonto oder binnen 30 Tagen, gerechnet vom Rechnungsdatum, ohne Abzug zu bezahlen. Skontozusagen gelten nur für den Fall, dass sich der Käufer mit der Bezahlung früherer Lieferungen nicht im Rückstand befindet.
- (5) Mit Ablauf vorstehender Zahlungsfrist kommt der Käufer in Verzug. Der Kaufpreis ist während des Verzugs zum jeweils geltenden gesetzlichen Verzugszinssatz zu verzinsen. Der Verkäufer behält sich die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugschadens vor. Gegenüber Kaufleuten bleibt der Anspruch des Verkäufers auf den kaufmännischen Fälligkeitszins (§ 353 HGB) unberührt.

§ 4 Aufrechnung und Zurückbehaltungsrecht

Der Käufer hat das Recht zur Aufrechnung nur, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder vom Verkäufer anerkannt sind. Zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechtes ist er nur insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf demselben Vertragsverhältnis beruht.

§ 5 Liefer- und Leistungszeit, Teillieferungen, Leistungsfreiheit und Rücktrittsrecht

- (1) Liefertermine oder Fristen, die nicht ausdrücklich als verbindlich vereinbart worden sind, sind unverbindliche Angaben. Der Beginn der vom Verkäufer angegebenen Lieferzeit setzt den rechtzeitigen Eingang sämtlicher vom Käufer zu liefernden Unterlagen, Informationen sowie die Klärung sämtlicher Einzelheiten des Auftrages, insbesondere aller technischen Fragen, voraus.
- (2) Bei Abrufaufträgen gilt eine angemessene Lieferfrist als vereinbart, die 8 Wochen nach Abruf nicht unterschreiten darf. Sind Fertigungs- und Abnahmetermine nicht vereinbart, kann der Verkäufer spätestens 3 Monate nach Auftragsbestätigung unter angemessener Fristsetzung eine verbindliche Festlegung hierüber verlangen. Kommt der Käufer diesem Verlangen nicht innerhalb der gesetzten Frist des Verkäufers nach, ist dieser berechtigt, eine angemessene Nachfrist zu setzen und nach deren fruchtlosen Ablauf von dem nicht erfüllten Teil des Vertrags zurückzutreten und/oder Schadenersatz zu verlangen.
- (3) Kommt der Käufer in Annahmeverzug, unterlässt er eine Mitwirkungshandlung oder verzögert sich die Lieferung des Verkäufers aus anderen, vom Käufer zu vertretenden Gründen, so ist der Verkäufer berechtigt, Ersatz des hieraus entstehenden Schadens einschließlich Mehraufwendungen (z.B. Lagerkosten) zu verlangen. Hierfür berechnet der Verkäufer eine pauschale Entschädigung in Höhe von 0,5 % des Lieferwerts pro Kalenderwoche, beginnend mit der Lieferfrist bzw. - mangels einer Lieferfrist - mit der Mitteilung der Versandbereitschaft der Ware, max. jedoch nicht mehr als 5% des Lieferwertes. Der Nachweis eines höheren Schadens und die gesetzlichen Ansprüche des Verkäufers (insbesondere Ersatz von Mehraufwendungen, angemessene Entschädigung, Kündigung) bleiben unberührt; die Pauschale ist aber auf weitergehende Geldansprüche anzurechnen. Dem Käufer bleibt der Nachweis gestattet, dass dem Verkäufer überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden als vorstehende Pauschale entstanden ist.

- (4) Der Verkäufer ist bei teilbaren Lieferungen zu Teillieferungen berechtigt, soweit sie dem Käufer zumutbar sind. Bei entsprechender vorheriger Information ist der Verkäufer auch zu vorzeitiger Lieferung berechtigt, sofern diese dem Käufer zumutbar ist.
- (5) Ergeben sich nach Vertragsschluss Anzeichen dafür, dass die Leistungsfähigkeit des Käufers

gefährdet ist (wie z. B. Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, Ausbringung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen diesen, Hingabe ungedeckter Schecks) ist der Verkäufer berechtigt, seine Leistung zu verweigern und nach fruchtloser Fristsetzung zur Erbringung von Sicherheiten in Form von selbstschuldnerischen Bankbürgschaften oder Bankgarantien oder Vorleistung vom Vertrag vorbehaltlich weitergehender Ansprüche zurückzutreten. Eine Fristsetzung entfällt, wenn die Gefährdung der Leistungsfähigkeit des Käufers offensichtlich ist.

- (6) Der Verkäufer übernimmt kein Beschaffungsrisiko. Soweit vom Verkäufer nicht zu vertretende Umstände die Ausführung übernommener Aufträge erschweren, verzögern oder unmöglich machen, ist dieser berechtigt, die Lieferung bzw. Restlieferung oder Teillieferung um die Dauer der Behinderung hinauszuschieben oder vom Vertrag ganz oder teilweise zurückzutreten, ohne dass dem Käufer Schadenersatzansprüche zustehen. Nicht zu vertreten hat der Verkäufer z. B. behördliche Eingriffe, Betriebsstörungen, Streiks, Aussperrung, durch politische oder wirtschaftliche Verhältnisse bedingte Arbeitsstörungen, Mangel an notwendigen Roh- und Betriebsstoffen, Energieversorgungsschwierigkeiten, Transport- oder Verkehrsstörungen, Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Sturmfluten, Orkan und Taifun sowie andere Unwetter im Ausmaß einer Katastrophe, Erdbeben, Blitzschlag, Lawinen- und Erdrutsche, Feuer, Seuchen, Pandemien, Epidemien und infektiöse Krankheiten oder unabwendbare Ereignisse, die beim Verkäufer, dessen Unterlieferanten oder in fremden Betrieben, von denen die Aufrechterhaltung der eigenen Betriebe des Verkäufers abhängig ist, eintreten. Der Käufer wird über die Nichtverfügbarkeit der Lieferung unverzüglich, spätestens innerhalb von 14 Tagen, informiert. Eine allfällige von diesem erbrachte Gegenleistung wird unverzüglich bei Rücktritt von dem Vertragsverhältnis zurückerstattet.

- (7) Handelt es sich bei dem zugrunde liegenden Kaufvertrag um ein Fixgeschäft im Sinne von § 286 Abs. 2 Nr. 4 BGB oder von § 323 Abs. 2 Nr. 2 BGB oder von § 376 HGB, haftet der Verkäufer nach den gesetzlichen Bestimmungen. Gleiches gilt, wenn der Käufer infolge eines vom Verkäufer zu vertretenden Lieferverzuges berechtigt ist, den Fortfall seines Interesses an der weiteren Vertragserfüllung geltend zu machen. In diesem Fall ist die Haftung des Verkäufers auf den vorhersehbaren typischerweise eintretenden Schaden begrenzt, wenn der Lieferverzug nicht auf einer vom Verkäufer zu vertretenden vorsätzlichen Verletzung des Vertrages beruht, wobei dem Verkäufer ein Verschulden seiner Vertreter oder Erfüllungshelfen zuzurechnen ist.

Ebenso haftet der Verkäufer dem Käufer bei Lieferverzug nach den gesetzlichen Bestimmungen, wenn dieser auf einer vom Verkäufer zu vertretenden vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Verletzung des Vertrages beruht, wobei dem Verkäufer ein Verschulden seiner Vertreter oder Erfüllungshelfen zuzurechnen ist. Die Haftung des Verkäufers ist auf den vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schaden begrenzt, wenn der Lieferverzug nicht auf einer vom Verkäufer zu vertretenden vorsätzlichen Verletzung des Vertrages beruht.

- (8) Für den Fall, dass ein vom Verkäufer zu vertretender Lieferverzug auf der schuldhaften Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht beruht, wobei dem Verkäufer ein Verschulden seiner Vertreter oder Erfüllungshelfen zuzurechnen ist, haftet der Verkäufer nach den gesetzlichen Bestimmungen mit der Maßgabe, dass in diesem Fall die Schadenersatzhaftung auf den vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schaden begrenzt ist.

- (9) Ansonsten kann der Käufer im Falle eines vom Verkäufer zu vertretenden Lieferverzuges für jede vollendete Woche des Verzugs eine pauschalierte Entschädigung in Höhe von 0,5 % des Lieferwertes, max. jedoch nicht mehr als 5 % des Lieferwertes geltend machen.

- (10) Eine weitergehende Haftung für einen vom Verkäufer zu vertretenden Lieferverzug ist ausgeschlossen. Die weiteren gesetzlichen Ansprüche und Rechte des Käufers, die diesem neben dem Schadenersatzanspruch wegen eines vom Verkäufer zu vertretenden Lieferverzuges zustehen, bleiben unberührt.

§ 6 Gefahrübergang

Die Gefahr geht auf den Käufer über, sobald der Verkäufer die Ware dem Käufer zur Verfügung gestellt hat und dies dem Käufer anzeigt. Nimmt der Käufer die Ware nicht rechtzeitig an, obwohl sie ihm angeboten wurde, geht die Gefahr mit der Mitteilung der Versandbereitschaft auf den Käufer über. Ist der Käufer mit der Abnahme der Ware oder der Erteilung der Versandvorschriften in Verzug, ist der Verkäufer berechtigt, nach Ablauf einer Nachfrist von 4 Wochen, gerechnet vom Zeitpunkt des Bestehens der Versandbereitschaft, Schadenersatz zu verlangen oder vom Vertrag zurückzutreten.

§ 7 Eigentumsvorbehalt

- (1) Der Verkäufer behält sich das Eigentum an den gelieferten Waren bis zur vollständigen Bezahlung vor. Der Eigentumsvorbehalt gilt auch, bis sämtliche, auch künftige und bedingte Forderungen aus der Geschäftsverbindung zwischen Käufer und Verkäufer erfüllt sind. Dies gilt auch, wenn Zahlungen auf besonders bezeichnete Forderungen geleistet werden. Bei laufender Rechnung gilt das vorbehaltene Eigentum als Sicherung der Saldoforderung des Verkäufers.
- (2) Der Käufer ist zur Sicherungsübereignung oder Verpfändung der Ware nicht befugt, jedoch zur weiteren Veräußerung der Vorbehaltsware im geordneten Geschäftsgang berechtigt. Die hieraus gegenüber seinen Geschäftspartnern entstehenden Forderungen tritt er hiermit dem Verkäufer bereits ab. Dieser nimmt die Abtretung an. Solange der Verkäufer Eigentümer der Vorbehaltsware ist, ist er berechtigt, jederzeit die Ermächtigung zur Weiterveräußerung zu widerrufen. Im Übrigen ist der Käufer, jederzeit widerruflich, zur Einziehung der abgetretenen Forderungen ermächtigt. Die Befugnis des Verkäufers, die Forderungen selbst einzuziehen, bleibt hiervon unberührt. Der Verkäufer verpflichtet sich jedoch, die Forderungen nicht einzuziehen, solange der Käufer seinen Zahlungsverpflichtungen ordnungsgemäß nachkommt.
- (3) Wird die Ware vom Käufer be- oder verarbeitet, erstreckt sich der Eigentumsvorbehalt auch auf die gesamte neue Sache. Der Käufer erwirbt Miteigentum zu dem Bruchteil, der dem Verhältnis des Wertes seiner Ware zu dem der vom Verkäufer gelieferten Ware entspricht.
- (4) Der Käufer ist verpflichtet, auf Verlangen des Verkäufers dem Verkäufer die abgetretenen Forderungen nach Abs. (2) und deren Schuldner bekannt zu geben, alle zum Einzug erforderlichen Angaben zu machen, die dazugehörigen Unterlagen auszuhandigen und den Schuldner die Abtretung mitzuteilen.
- (5) Übersteigt der Wert sämtlicher für den Verkäufer bestehenden Sicherheiten die bestehenden Forderungen nachhaltig um mehr als 10%, so wird der Verkäufer auf Verlangen des Käufers Sicherheiten nach Wahl des Verkäufers freigeben.
- (6) Der Verkäufer ist berechtigt, die Eigentumsvorbehaltsrechte geltend zu machen, ohne vom Vertrag zurückzutreten.

§ 8 Gewährleistung

- (1) Ist der Kauf für beide Teile ein Handelsgeschäft, so hat der Käufer die Ware unverzüglich nach Erhalt, soweit dies nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist, zu untersuchen und, wenn sich ein Mangel zeigt, dem Verkäufer unverzüglich schriftlich Anzeige zu machen. Unterlässt der Käufer diese Anzeige, so gilt die Ware als genehmigt, es sei denn, dass es sich um einen Mangel handelt, der bei der Untersuchung nicht erkennbar war. Im Übrigen gelten die §§ 377 ff. HGB.
- (2) Die Gewährleistungsansprüche sind nach Wahl des Verkäufers auf Nachbesserung oder Ersatzlieferung beschränkt. Bei Fehlschlagen der Nachbesserung oder Ersatzlieferung hat der Käufer das Recht, nach seiner Wahl Minderung oder Rücktritt vom Vertrages zu verlangen, es sei denn, dass nachfolgend etwas anderes bestimmt ist:
 - a) Der Käufer kann den Rücktritt vom Vertrag oder die Minderung des Kaufpreises nur verlangen, wenn ein Mangel nach mindestens zweimaliger und in technisch komplizierten Fällen mindestens dreimaliger Nachbesserung bzw. Ersatzlieferung nicht beseitigt werden kann oder für den Käufer ein weiterer Nachbesserungsversuch bzw. eine weitere Ersatzlieferung unzumutbar ist. Der Käufer kann jedoch den Rücktritt vom Kaufvertrages oder die Minderung des Kaufpreises nur verlangen, wenn er dem Verkäufer die Möglichkeit eingeräumt hat, den Kaufgegenstand auf eigene Kosten an seinen Firmensitz zu verbringen, um dort den letzten Nachbesserungsversuch zu unternehmen.
 - b) Die anlässlich einer Nachbesserung ersetzten Teile werden Eigentum des Verkäufers.

- c) Gewährleistungsansprüche für Mängel an Waren, die von einem Vorlieferanten des Verkäufers stammen, sind diesem gegenüber zunächst geltend zu machen. Die Mängelgewährleistungsansprüche gegen den Vorlieferanten tritt der Verkäufer nach Erhalt der Mängelanzeige an den Käufer ab. Weigert sich der Vorlieferant, den Gewährleistungsanspruch des Käufers anzuerkennen und diesem zu entsprechen, bleibt dem Käufer die Ausübung seiner Rechte gemäß a) vorbehalten.
- d) Für Waren zweiter Wahl ist jeder Anspruch auf Gewährleistung ausgeschlossen, soweit der Käufer den Mangel kannte oder in Folge grober Fahrlässigkeit nicht erkannte.
- e) In allen Fällen unberührt bleiben die gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich des Lieferantenregresses gem. §§ 445a, 445b BGB sowie gem. § 445c BGB i. V. m. § 327u BGB.

§ 9 Haftung

- (1) Soweit sich aus diesen Bedingungen einschließlich der nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt, haftet der Verkäufer bei einer Verletzung von vertraglichen und außervertraglichen Pflichten nach den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften.
- (2) Auf Schadensersatz haftet der Verkäufer – gleich aus welchem Rechtsgrund – bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Bei einfacher Fahrlässigkeit haftet der Verkäufer nur
- für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit,
 - für Schäden aus der Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Verpflichtung, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut und vertrauen darf); in diesem Fall ist die Haftung des Verkäufers jedoch auf den Ersatz des vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schadens begrenzt.
- (3) Die sich aus Abs. (2) ergebenden Haftungsbeschränkungen gelten nicht, soweit der Verkäufer einen Mangel arglistig verschwiegen oder eine Garantie für die Beschaffenheit der Ware übernommen hat. Das gleiche gilt für Ansprüche des Käufers nach dem Produkthaftungsgesetz.
- (4) Wegen einer Pflichtverletzung, die nicht in einem Mangel besteht, kann der Käufer nur zurücktreten, wenn der Verkäufer die Pflichtverletzung zu vertreten hat. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Voraussetzungen und Rechtsfolgen.

§ 10 Haftung für Nebenpflichten

Wenn durch Verschulden des Verkäufers die gelieferte Ware vom Käufer infolge unterlassener oder fehlerhafter Ausführung von vor oder nach Vertragsschluss liegenden Vorschlägen, Entwürfen und Beratungen vor oder nach Vertragsschluss sowie anderen vertraglichen Nebenverpflichtungen – insbesondere Anleitung für Bedienung und Wartung des Liefergegenstandes – nicht vertragsgemäß verwendet werden kann, so gelten unter Ausschluss weiterer Ansprüche des Käufers die

Regelungen in § 8 und § 9 entsprechend.

§ 11 Verjährung

- (1) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Ansprüche aus Sach- und Rechtsmängeln ein Jahr ab Ablieferung oder Abholung. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme.
- (2) Unberührt bleiben gesetzliche Sonderregelungen für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB), bei Arglist des Verkäufers (§ 438 Abs. 3 BGB) und für Ansprüche im Rahmen des Lieferantenregresses (§ 445b BGB bzw. § 327u Abs. 2 BGB).
- (3) Die vorstehenden Verjährungsfristen des Kaufrechts gelten auch für vertragliche oder außervertragliche Schadensersatzansprüche des Käufers, die auf einem Mangel der Ware beruhen, es sei denn die Anwendung der regelmäßigen gesetzlichen Verjährung (§§ 195, 199 BGB) würde im Einzelfall zu einer kürzeren Verjährung führen. Die Verjährungsfristen des Produkthaftungsgesetzes bleiben in jedem Fall unberührt. Ansonsten gelten für Schadensersatzansprüche des Käufers gem. § 9 ausschließlich die gesetzlichen Verjährungsfristen.

§ 12 Ergänzende und abweichende Regelungen bei internationalen Verträgen:

Hat der Käufer seine Niederlassung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, so gelten zusätzlich folgende Regelungen:

- Der Verkäufer haftet nicht für die Zulässigkeit der nach dem Vertrag vorausgesetzten Verwendung der gelieferten Sache nach den Vorschriften des Empfängerlandes. Der Verkäufer haftet ebenso nicht für dort anfallende Steuern.
- Der Verkäufer haftet nicht für durch staatliche Maßnahmen, insbesondere Einfuhr- oder Ausfuhrbeschränkungen, ausgelöste Lieferhindernisse.

§ 13 Schutzrechte

Die vom Verkäufer in irgendeiner Form gemachten Vorschläge und Angebote sind sein geistiges Eigentum und dürfen nur mit seinem schriftlichen Einverständnis dritten Personen zur Kenntnis gebracht werden.

Freilassing, im Dezember 2024

General Terms and Conditions of Business of John GmbH, D-83395 Freilassing ("Seller")

§ 1 General

- (1) The following General Terms and Conditions of Business shall apply exclusively for all purchase orders, deliveries and other services. They shall apply only in relation to traders within the meaning of § 14 German Civil Code.
- (2) Any different, conflicting or additional conditions of the purchaser that the seller does not expressly recognise, are not subject of contract, even if the seller does not expressly object to them.
- (3) Legally relevant declarations and notifications that are submitted by the purchaser to the seller after conclusion of contract must be in text format if they are to be legally valid.
- (4) References to the validity of statutory provisions are for the purposes of clarification only. Even without such a clarification, the statutory provisions shall therefore apply unless they are directly amended in these General Terms and Conditions of Business or are expressly excluded.
- (5) Inclusion and interpretation of these General Terms and Conditions of Business is regulated as with entry into and interpretation of legal transactions with the purchaser themselves exclusively in accordance with the law of the Federal Republic of Germany. Application of the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods shall be excluded.
- (6) If there are gaps in the provisions contained in the contract or these General Terms and Conditions of Business, then, in order to fill in these gaps, those legally valid provisions which, according to the economic objectives of the contract and the purpose of these General Terms and Conditions of Business, the contracting parties would have agreed if they had been aware of the gap in the provisions shall be deemed to be agreed.
- (7) Verbal ancillary agreements shall always require written confirmation to become effective.
- (8) The place of performance for all obligations arising directly or indirectly from this contractual relationship, including payment obligation, shall be the seller's registered office.
- (9) The place of jurisdiction shall be the location of the court that has jurisdiction for the seller's principal office. The seller shall also be entitled to bring an action at a court that has jurisdiction for the registered office or a branch of the purchaser.

§ 2 Offers, scope of performance and conclusion of the contract

- (1) The seller's contractual offers shall not be binding and shall be without obligation.
- (2) The seller's order confirmation shall apply exclusively and authoritatively for the scope of the contractually owed performance. All quantities and statements about measures, colours and weights contained in the seller's offers and prospectuses are subject to the tolerances that are customary in the trade.
- (3) The seller shall only have to take responsibility for public statements, especially in advertising, if the seller has instigated them. In such cases there shall only be a duty to take responsibility if the advertising has actually influenced the customer's purchase decision.
- (4) The seller reserves the right to make changes of construction, choice of materials, specification or type, even after sending an order confirmation provided such changes do not contradict the order confirmation or the purchaser's specification. The purchaser shall declare their agreement with proposals by the seller for changes that go beyond this provided the purchaser can reasonably be expected to accept them.
- (5) As a rule the documents on which the offer or order confirmation is based, e.g. illustrations, drawings, or statements relating to weights and measures shall be understood only as approximate values unless they are expressly described as binding.
- (6) The right is reserved for differences in relation to the agreed delivery quantity up to +/- 5% caused by a product.

§ 3 Prices and terms of payment

- (1) The prices are ex works including standard packing plus statutory turnover tax. Where the seller is required to take back transport packaging, the costs for returning it shall be paid by the purchaser.
- (2) If there are more than 4 months between entering into the contract and delivery and the seller is not responsible for a delay in delivery made by the seller, the seller may make a reasonable increase in the price taking account of any material costs, wage costs or other incidental costs payable by the seller. If the purchase price increases by more than 10%, the purchaser shall be entitled to withdraw from the contract.
- (3) If the seller takes into account the purchaser's requests for changes, the additional costs caused by this shall be charged to the purchaser.
- (4) The seller's invoices are to be paid either within 14 days of receipt of invoice with 2% discount or within 30 days calculated from the invoice date without deduction. Promises of discount shall apply only if the purchaser is not behind with payment for previous deliveries.
- (5) Upon expiry of the aforementioned credit period, the purchaser shall be in default. During the default period, interest shall be paid on the purchase price according to the respectively applicable statutory default interest rate. The seller reserves the right to assert further claims for damage caused by default. The seller's claim against merchants for commercial maturity interest (§ 353 German Commercial Code) remains unaffected.

§ 4 Offsetting and retention

The purchaser has the right to offset a claim against his account if his counterclaims are res judicata, are undisputed or are acknowledged by the seller. He shall only be entitled to exert his right of retention if his counterclaim is based on the same contractual relationship.

§ 5 Delivery and performance times, part deliveries, release from obligation to perform and right of withdrawal

- (1) Delivery dates or deadlines that have not been expressly agreed as binding are non-binding statements. For the delivery term to commence as stated by the seller, all documents and information to be supplied by the purchaser, as well as clarification of all details of the order, in particular all technical matters, must be received in good time.
- (2) In the case of call orders, an appropriate suitable delivery period shall be considered as agreed. This must not be less than 8 weeks after the request. If no completion dates or acceptance deadlines have been agreed the seller may request a binding statement on this matter no later than 3 months after order confirmation, setting a reasonable deadline. If the purchaser does not comply with this request within the period set by the seller, the latter shall be entitled to set a reasonable period of grace and, after its expiry without result, to withdraw from the unfulfilled part of the contract and/or to demand compensation.
- (3) If the purchaser is in default of acceptance, or if he fails to perform an act of cooperation or if delivery by the seller is delayed for other reasons, for which the purchaser is responsible, then the seller shall be entitled to claim compensation for the ensuing damage including additional expenses (for example, warehouse charges). The seller shall calculate compensation at a flat rate of 0.5% of the value of the goods delivered per calendar week, starting with the term of delivery or, if there is no term of delivery, upon notification that the goods are ready for dispatch, up to a maximum however of 5% of the value of the goods delivered. The proof of higher damages and the seller's statutory claims (in particular, reimbursement of additional expenses, reasonable compensation, termination) remain unaffected; the flat rate is however to be offset against further monetary claims. The purchaser reserves the right to prove that the seller did not suffer any damages at all or only substantially less damages than the aforementioned flat rate.
- (4) Where delivery can be made in several parts the seller has the right to make part deliveries provided the purchaser finds this reasonable. The seller also has the right to make delivery ahead of time if appropriate prior notice is given, provided the purchaser finds this reasonable.
- (5) If after conclusion of the contract there are indications that the purchaser's ability to pay is at risk (for example, application for the institution of insolvency proceedings, issuing of foreclosure measures against him, submission of uncovered cheques), then the seller has the right to refuse performance and, after setting a deadline for securities to be provided in the form of a

directly enforceable guarantee or bank guarantees or advance payment which produces no result, to withdraw from the contract subject to further claims. It is not necessary to set such a deadline if it is obvious that the purchaser's ability to pay is at risk.

- (6) The seller does not assume any procurement risk. Where circumstances for which the seller is not accountable impede or delay the fulfilment of accepted orders, or render it impossible, then he is entitled to postpone the delivery, remaining delivery or part delivery by the duration of the hindrance, or to withdraw from the contract either totally or partially, without the purchaser being entitled to make claims for compensation. The seller is not accountable for, e.g. action by the authorities, operational malfunctions, strikes, lockout, interruptions to work due to political or economic circumstances, lack of raw materials and supplies, problems with power supplies, transport disruptions or traffic hold-ups, natural disasters such as floods, storm surges, hurricanes and typhoons as well as other severe weather on the scale of a catastrophe, earthquakes, lightning, avalanches and landslides, fire, epidemics, pandemics, epidemics and infectious diseases or unavoidable events that occur at the premises of the seller, his sub-contractors or in outside companies upon which the seller depends in order to maintain his own business operations. The purchaser will be informed immediately, at the latest within 14 days, if the delivery is not available. Any payment for this shall be reimbursed immediately on withdrawal from the contractual relationship.

- (7) If the underlying purchase agreement is a fixed transaction as defined by § 286 Para. 2 No. 4 German Civil Code or by § 323 Para. 2 No. 2 German Civil Code or by § 376 German Commercial Code, then the seller is liable in accordance with the statutory provisions. The same shall apply if, as a consequence of a late delivery for which the seller is accountable, the purchaser is entitled to claim that he has no interest in the continued fulfilment of the contract. In this case the liability of the seller is limited to the foreseeable damage that typically occurs if the late delivery cannot be put down to a wilful breach of contract on the part of the seller and where a fault made by the seller's representatives or vicarious agents is attributed to the seller.

The seller shall likewise in the event of late delivery be liable to the purchaser in accordance with the statutory provisions if this delay can be put down to a wilful or grossly negligent breach of contract on the part of the seller and where a fault made by the seller's representatives or vicarious agents is attributed to the seller. The liability of the seller is limited to the foreseeable damage that typically occurs if the late delivery cannot be put down to a wilful breach of contract on the part of the seller and where a fault made by the seller's representatives or vicarious agents is attributed to the seller.

- (8) In the event that a late delivery for which the seller is accountable can be put down to culpable violation of essential contractual obligations and where a fault made by the seller's representatives or vicarious agents is attributed to the seller, the seller shall be liable in accordance with the statutory provisions with the proviso that in this case the liability for damages shall be limited to the foreseeable damage that typically occurs.

- (9) Otherwise the purchaser may, in the case of a late delivery for which the seller is accountable, claim compensation at a flat rate of 0.5% of the value of the goods delivered for each complete week of the delay, up to a maximum, however, of 5% of the value of the goods delivered.

- (10) Any further liability for a late delivery for which the seller is accountable shall be excluded. All other legal claims and rights of the purchaser to which he is entitled in addition to the claim for compensation due to a late delivery for which the seller is accountable, remain unaffected.

§ 6 Transfer of risk

The risk shall pass to the purchaser as soon as the seller has made the goods available to the purchaser and notified the purchaser of this. If the purchaser does not take the goods at the correct time although they have been offered to the purchaser, the risk shall pass to the purchaser when notification of readiness for dispatch is given. If the purchaser is in delay with acceptance of the goods or with the issuing of dispatch regulations, the seller shall be entitled, after expiry of an additional period of 4 weeks calculated from the time when the goods became ready for dispatch, to demand compensation for non-fulfilment or to withdraw from the contract.

§ 7 Retention of ownership

- (1) The seller reserves ownership of the delivered goods until full payment. The reservation of ownership shall also apply until all claims including future claims and contingent claims from the business relationship between the purchaser and the seller have been fulfilled. This shall also apply where payments have been made for particular specified claims. In the case of an open account the reserved property shall serve as security for the seller's balance claim.
- (2) The purchaser is not entitled to assign the goods as security or to pledge them. The purchaser is, however, entitled to resell the reserved goods in the course of proper business. The purchaser hereby assigns to the seller the claims which they have from this in respect of their business partners. The seller accepts this assignment. As long as the seller is the owner of the reserved goods, they shall be entitled to revoke the authorisation for resale at any time. Otherwise the purchaser is authorised to collect the assigned claims, although this authorisation may be revoked at any time. The seller's authority to collect the claims themselves shall remain unaffected by this. However, the seller undertakes to refrain from collecting the claims as long as the purchaser fulfils their payment obligations correctly.
- (3) If the goods are treated or processed by the purchaser, the retention of ownership shall also cover the entire new object. The purchaser shall acquire co-ownership at the fraction that corresponds to the ratio of the value of their goods to the value of the goods supplied by the seller.
- (4) If requested by the seller, the purchaser shall be required to notify the seller of the assigned claims in accordance with Subsection (2) and the debtors relating to them, to provide all information necessary for debt collection, to hand over the documentation required for this and to notify the debtors of the assignment.
- (5) If the value of all security that exists for the seller exceeds the existing claims by more than 10% for a sustained period, the seller shall release security on demand by the purchaser, whereby the seller shall have discretion as to which security to release.
- (6) The seller shall be entitled to assert the ownership retention rights without withdrawing from the contract.

§ 8 Guarantee

- (1) If the purchase is a commercial transaction for both parties, the purchaser must examine the goods immediately after receipt where this is feasible in the course of regular business, and if a defect is evident, they must notify the seller immediately in writing. If the purchaser fails to give such notification, the goods shall be deemed to have been approved except in the case of a defect that was not recognisable at the time of examination. Otherwise §§ 377 ff. German Commercial Code shall apply.
- (2) Claims under guarantee are restricted to improvement or replacement delivery according to the seller's choice. If the improvement or replacement delivery fails, the purchaser shall have the right to demand a reduction or annulment of the contract at his discretion, unless anything to the contrary is specified below:
 - a) The purchaser may only demand annulment of the contract or a reduction of the purchase price if a defect cannot be rectified after at least two, and in technically complicated cases at least three, attempts to rectify the defect or deliver a replacement, or if the purchaser cannot reasonably be expected to accept a further attempt to rectify the defect or deliver a replacement. However, the purchaser may only demand annulment of the purchase contract or a reduction in the purchase price if he has granted the seller the option to bring the purchased object to their principal office at their own cost to carry out the final attempt to rectify the defect.
 - b) The parts replaced in the course of improvement work shall become the property of the seller.
 - c) Guarantee claims for defects in goods originating from an upstream supplier of the seller must first be made to the upstream supplier. The defect guarantee claims against the upstream supplier shall be assigned by the seller to the purchaser after receipt of the notification of defect. If the

upstream supplier refuses to recognise the purchaser's guarantee claim and to meet it, the purchaser shall be entitled to exercise their rights in accordance with a).

d) For goods of second-class quality, any claim under guarantee shall be excluded if the purchaser knew of the defect or did not recognise it due to gross negligence.

e) In all cases the statutory provisions regarding recourse against suppliers in accordance with §§ 445a, 445b German Civil Code and in accordance § 445c German Civil Code combined with § 327u German Civil Code remain unaffected.

§ 9 Liability

(1) Unless otherwise provided in these Terms and Conditions, including the provisions below, the seller shall be liable for any breach of contractual and non-contractual obligations according to the relevant statutory provisions.

(2) In the event of wilful intent and gross negligence, the seller shall be liable to pay damages irrespective of the legal basis. In the case of ordinary negligence, the seller shall only be liable

a) for damages arising from injury to life, body or health,
b) for damages arising from the breach of a substantial contractual obligation (an obligation whose fulfilment enables the proper execution of the contract in the first place and whose observance is relied upon regularly and may be relied upon by the contracting party). In this case the seller's liability shall however be limited to compensation for foreseeable damage that typically occurs.

(3) The limitations of liability ensuing from paragraph (2) shall not apply insofar as the seller has fraudulently concealed a defect or assumed warranty for the quality of the goods. The same shall apply to claims by the purchaser under the Product Liability Act.

(4) In the event of a breach of obligation that does not constitute a defect, the purchaser may only withdraw from the contract if the seller is responsible for the breach of obligation. In all other cases the statutory requirements and legal consequences shall apply.

§ 10 Liability and secondary obligations

If due to the fault of the seller the supplied goods cannot be used by the purchaser in accordance with the contract on account of non-implementation or incorrect implementation of proposals, drafts or advice issued before or after conclusion of contract as well as other contractual secondary obligations (especially instructions for operation and servicing of the supplied object), the regulations in § 8 and § 9 shall apply correspondingly with exclusion of any further claims by the purchaser.

§ 11 Limitation period

(1) Notwithstanding § 438 Para. 1 No. 3 German Civil Code, the general limitation period for claims in respect of defects in quality and title shall be one year from delivery or collection. If acceptance is agreed, the limitation period shall start upon acceptance.

(2) Any statutory special provisions for third-party claims for surrender in rem (§ 438 Para. 1. No. 1 German Civil Code or § 327u Abs. 2 German Civil Code), for cases where the seller acts with fraudulent intent (§ 438 Para. 3 German Civil Code) and for claims within the scope of recourse against suppliers (§ 445b German Civil Code) shall remain unaffected.

(3) The aforementioned limitation periods under statutory sales law shall also apply to any contractual or non-contractual claims for damages by the purchaser arising from defects in goods, unless, in the particular case, the application of the general statutory limitation period (§§ 195, 199 German Civil Code) would result in a shorter limitation period. Any limitation periods provided under the Product Liability Act shall in any case remain unaffected. Unless otherwise stated, the purchaser's claims for damages according to § 9 shall be exclusively subject to the statutory limitation periods.

§ 12 Additional and deviating regulations in the case of international contracts:

If the seller has his branch office outside the Federal Republic of German then the following regulations shall additionally apply:

- The seller does not accept any liability that the use as stipulated in the contract of the item delivered is legitimate according to the regulations of the country of destination. The seller is likewise not liable for any taxes due in that country.
- The seller shall not be liable for obstacles to delivery triggered by government measures, in particular import and export restrictions.

§ 13 Industrial property rights

The proposals and offers made by the seller in any form are their intellectual property and they may only be made known to third parties with the seller's written consent.

Freilassing, December 2024